

Angebot von Räumen nicht aus, um die Isolation der arbeitenden Gruppen zu beenden; derartige Arbeitsmittel kann zur Zeit der ASIA ebenso zur Verfügung stellen wie die ESC.

In der MV vom 21. Oktober 1969 haben die Mitglieder aus dieser (nicht auf Hamburg beschränkten) Situation die Konsequenz gezogen, die bisherige Organisationsform und Arbeitsweise des RCH aufzugeben. Dabei spielten vor allem folgende Gründe eine Rolle:

1) Seit einigen Monaten wurden die Räume des RC kaum noch für politische Arbeit, sondern mehr als Aufenthaltsräume genutzt; der Arbeitskreis Organisation (AKO) als einziges permanent tagendes Gremium des RC konnte das durch eigene Initiative nicht ändern.

2) Weil der AKO von der Arbeit der Beschaffung und Erhaltung der materiellen Voraussetzungen weitgehend blockiert war - im Gegensatz zu Berlin konnten wir uns keinen bezahlten Politsekretär leisten - konnte er weder eine Club-Strategie erarbeiten, die das räumliche auch zu einem politischen Zentrum gemacht hätte, noch konnte er sich an der politischen Arbeit der Gruppen im RC genügend beteiligen. Die arbeitenden Gruppen umgekehrt waren an den Fragen der materiellen Organisation uninteressiert; so konnte der AKO schließlich keinen Sinn mehr in seiner Tätigkeit sehen und trat zurück.

3) Autoritäres Verhalten und bloße Konsumhaltung vieler Besucher etablierten Formen einer Subkultur, die zu Unstimmigkeiten mit dem Hausbesitzer führte. Er hat inzwischen die Aufgabe der Räume verlangt.

Vor allem die aufgeführten politischen Gründe, aber auch der finanzielle (1.600 Mark Monatsmiete) und organisatorische Aufwand rechtfertigten nicht die Erhaltung des Zentrums in der Rothenbaumchaussee. In dieser Hinsicht laufen also die Interessen der Mitglieder parallel zu denen des Hausbesitzers.

Inzwischen hat sich aus AKO und RC-Mitgliedern eine Ad-hoc-Gruppe gebildet, (Kontaktadressen siehe unten) die sich die politische Analyse der gegenwärtigen Situation des RC und der Apo überhaupt und die Entwicklung einer neuen Strategie und ihrer adäquaten Organisationsformen zur Aufgabe gesetzt hat. Diese Gruppe ist sich darüber klar, daß die Aufgabe der bisherigen Räume und damit der bisherigen Funktion des RC nur Übergangscharakter haben kann.

So ist abzusehen, daß den arbeitenden Gruppen der sozialistischen Opposition die Notwendigkeit eines politischen Aktionszentrums wieder bewußt wird. Wenn, wie nach dem Hochschulgesetz geplant, der ASIA aufgelöst wird und in absehbarer Zeit auch andere Hilfsmittel und Räume fortfallen, bedarf es noch nicht einmal einer Verschärfung des repressiven Drucks auf die außerparlamentarische Opposition, um das Bedürfnis nach einem Aktionszentrum auch in Hamburg neu zu artikulieren.

Wir schlagen deshalb allen Mitgliedern vor:

1. Die Mitgliedsbeiträge werden weiter wie bisher auf das Konto des RC überwiesen - um die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, jederzeit, sobald notwendig und möglich, ein neues Zentrum sozialistischer Opposition einzurichten. Die angesammelten Mittel dürfen für ein neues räumliches Zentrum nur ein gesetzt werden, wenn die MV es beschließt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat jedes RC Mitglied das Recht, von jetzt an bezahlte Beiträge zurückzufordern.

2. Um die Mitglieder des RC in der Übergangszeit über die politische Situation der Apo zu informieren und die politische Arbeit des RC zu artikulieren, wird allen beitragszahlenden Mitgliedern ab sofort APO-PRESS regelmäßig zugesandt; die Kosten dafür werden aus dem Beitragsaufkommen bestritten. APO-PRESS wird insbesondere auch die Protokolle der Ad-hoc-Gruppe veröffentlicht, die sich mit der Analyse der politischen Situation sozialistischer Opposition und deren Konsequenzen beschäftigt. Außerdem wird eine Analyse der politischen Arbeit des RC während des letzten Jahres erarbeitet. Innerhalb des RC arbeiten die verschiedenen Aktionsgruppen weiter; alle Mitglieder sind aufgefordert, in diesen Arbeitskreisen oder in der Ad-hoc-Gruppe intensiver als bisher mitzuarbeiten. Im November nimmt das Institut für Rechtspolitik und Soziologie des Rechtswesens - zunächst in HH 13, Hochallee 21 - seine Tätigkeit auf.

Kontaktadressen: - D. Brumm, 2 Schenefeld/Hbg., Wachtelweg 33 b, B30 88 50.

D. Dörner, 2 Hbg. 39, Wisensdamm 135. 279 48 38

C. Schoessler, 2 Hbg. 20 Gärtnerstr. 32 48 61 30

Kurt Groenewold, 2 Hbg. 19, Osterstr 120 49 29 15

Für die Ad-hoc-Gruppe: Brumm, Dörner, Grutke, Rebstock, Blätzing, Grabbe, Trott, Groenewold, Storm.

TERMINE JUSTIZ

- 28.10. 11.30 Uhr Zi. 139
Machert, Landfriedensbruch
- 30.10. 13.00 Uhr 377b
Reckert, Landfriedensbruch
- 31.10. 9.00 Uhr 182
v.Thun, Ersatzdienstverweigerung
- 3.11. 9.30 186
Kahlhöfer, Jugendgefährdende Schriften und Bilder
- 4.11. 12.00 Uhr 139
Michel, Busenektion
- 5.11. 9.00 Uhr 186
Reiser, Bannmelle
- ab 10.11. Berlin Mahler

der Termin gegen KH. Roth ist vorläufig abgesetzt

LERNT VON DEN WIDERSPRÜCHEN IN DER SPARTAKUS - BUCHHANDLUNG

Die gegenwärtige Auseinandersetzung im Spartakusladen ist die Auseinandersetzung über zwei Wege, wie man eine Buchhandlung mit sozialistischem Anspruch organisieren soll. Das ist der allgemeine Charakter dieser Auseinandersetzung.

Während der Abwesenheit Cesars haben die übrigen Genossen im Spartakus einen politischen Lernprozeß vollzogen, der sich umschreiben läßt als Abkehr von dem Primat der "individuellen Revolutionierung" zum Verständnis einer Revolutionierung des Individuums in einem dialektischen Prozeß mit der politischen Arbeit in ihrer augenblicklichen Form der Basisgruppen.

"Die Arbeit in einer 'politischen Buchhandlung' allein kann noch nicht als politische Arbeit verstanden werden. Politisch kann eine Buchhandlung nur dann werden, indem die in ihr arbeitenden Genossen an revolutionärer Arbeit außerhalb des technischen Apparates 'Buchhandlung' teilnehmen... Erst wenn diese Bedingung erfüllt ist, kann von einer politischen Buchhandlung gesprochen werden, da die administrative Arbeit der Genossen nicht mehr primär sondern sekundär geworden ist. Frustrationen, die sich aus dem entfremdeten bürgerlichen Arbeitsprozeß ergeben, können teilweise durch Kollektivierung der technischen Arbeit aufgefangen werden und damit Energien für die politische Arbeit freigesetzt werden." (1)

Diese ... "Politik kann nur verwirklicht werden, wenn die am Laden direkt Beteiligten

- a) die Arbeit kollektiv organisieren,
- b) die Voraussetzung dieser Kollektivierung praktisch und theoretisch anerkennen.

Die Arbeit ... im Spartakus muß also folgendermaßen getrennt werden:

- a) technische Seite, organisieren (bestellen, verkaufen, drucken und vertreiben)
 - b) Arbeit der in der Buchhandlung arbeitenden Genossen in Schulungsgruppen, Basisgruppen, etc
- Die beiden Punkte fallen zusammen, wenn:
- a) den Basisgruppen in theoretischer und praktischer Verbindung entsprechende Literatur vermittelt wird
 - b) die Buchhandlung in dieser Konstellation Anreiz und eventuell Modell für sich emanzipierende Buchhändler und Verlagslehrlinge sowie Angestellte wird
 - c) die sich langsam als syndikalistischer Interessenverband pervertierender Literaturproduzenten konkret an ihre Funktion in der Klassengesellschaft erinnert werden." (2)

Die Rückkehr Cesars zeigte, daß das Arbeitskollektiv sich noch nicht soweit gefestigt hatte, um den Machtansprüchen Cesars, die er aus seiner für den Laden geleisteten Arbeit und seiner GmbH Mitgliedschaft ableitet, entschieden entgegenzutreten. Die Bereitschaft, Cesar

in das Kollektiv zu integrieren; wurde vereitelt von den vorhandenen Autoritäts und Machtstrukturen: Cesar ist nicht bereit, sich auf die gleiche Stufe wie alle anderen zu stellen, sondern beansprucht ein ige grundlegende Sonderrechte für sich, wie Vetorecht bei allen Entscheidungen, seien sie technischer oder politischer Art. Diskussionen und Entschlüsse, die von den übrigen Mitgliedern kommen, negiert er nicht wegen des Inhalts, sondern weil er die Leute "nicht akzeptiert". Weiter hat er eine bemerkenswerte Fähigkeit, diejenigen, die er gut kennt, mit subtilen psychischem Terror fertigzumachen, sodaß die Voraussetzungen für das Entstehen eines Kollektivs nicht gegeben ist. Es wäre falsch, diese Sachen aus der Diskussion auszuklammern, weil sie etwa zu weit führten oder politisch unbedeutend seien - sie sind bedeutsam, um den Widerspruch zwischen Cesars eigenen verbalen Bekenntnissen, etwa zum Kollektiv, und seinem praktischen Tun, etwa den Arbeitgeber spielen, aufzuzeigen. Entscheidend an diesem Widerspruch ist, daß Cesar nicht bereit ist, ihn zusammen mit den anderen Genossen des Kollektivs zu lösen, hingegen diesen Vorwürfe wegen ihrer eigenen Widersprüche macht, auf dieser Ebene bleibt, und somit einen Lemprozeß bei allen verhindert.

Aus den Vorwürfen, die mit der Absicht gemacht werden, sein Verhalten als das einzig richtige hinzustellen, leitet Cesar die Berechtigung zu seiner Machtsstellung ab. Er lehnt in diesen Punkten jede Kritik ab und weigert sich, auf eine Ebene zu begeben, wo Lemprozesse stattfinden können, nämlich auf der Ebene der Diskussion von Ursachen und Lösungsmöglichkeiten.

Dieses Verhalten zielt eindeutig darauf hin, gewaltsam die Entstehung eines Kollektivs zu verhindern. Das bedeutet auch, zu verhindern, das durch entsprechende Organisation der Arbeit im Laden den Beteiligten die Möglichkeit eröffnet wird, in Basis- oder Projektgruppen mitzuarbeiten und dadurch ihren politischen Lemprozeß weiterzuführen.

"Folgerungen für das Arbeitskollektiv:
Unter diesen Umständen ist für die Mehrheit des Arbeitskollektivs eine weitere Zusammenarbeit unmöglich. Entweder, Cesar nimmt unsere Forderung an

- a) kein Unterschied zwischen juristischer Funktion(Geschäftsführer der GmbH) und den Genossen, die im Laden arbeiten
 - b) keine Privilegien auf Grund längere Mitarbeit im Laden
 - c) Anerkennung des Mehrheitsbeschlusses der Kollektivmitglieder auf allen Ebenen (politisch, finanziell, arbeitszeitmäßig)
- oder wir sind nicht mehr bereit, eine weitere Mitarbeit zu akzeptieren" (3)

In den letzten Wochen seit der Rückkehr Cesars ist deutlich geworden, daß die Spartakus-Leute es nicht allein schaffen, diese Auseinandersetzung so zu lösen, daß der Laden nicht dabei pleite geht. Dieses Problem geht nicht all ein die Genossen im Spartakus an, sondern alle Gruppen, deren Arbeit durch die Existenz des Ladens unterstützt wird. Am Montag in der Vollversammlung der universitären Basisgruppen soll darüber diskutiert werden.

GEGEN DEN SYNDIKALISMUS IN DER EIGENEN ORGANISATION - FÜR EINEN POLITISCHEN SDS

(Nachdruck zur VDS-Diskussion aus dem SC-Info Frankfurt Nr. 15u. 17)

"Es erscheint nur konsequent, nach der Zerschlagung des SDS erst recht den VDS zu zerschlagen. Weil das so erscheint, wollen wir dieser Sorte von Konsequenzen und Zerschlagung der Klarheit halber auf die Finger sehen."

Die prinzipiell richtige Absicht der Heidelberger Genossen, die Entscheidung einer zentralen Instanz zu kritisieren, geht schon in ihrer Formulierung von schiefen Voraussetzungen aus: als sei- und als wäre das der BV die antiautoritäre Zerstörung von formalisierter SDS-Organisationsstruktur wie sie auf beiden DKs im Herbst 68 in Frankfurt und Hannover sich dargestellt hatte (Emanzipationsdebatte), gleichzusetzen mit der bewußten Liquidierung der Institution VDS.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Heidelberger (und nicht nur sie) sind gegen beides; sie haben mit Unbehagen den Emanzipationsdebatten zugehört und meinen ganz entschieden:

"Am Ende erwies sich weniger die Unmöglichkeit, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, als die Unfähigkeit des SDS, diese Aufgabe zu bewältigen."

Weil die Heidelberger die emanzipatorischen Aufstände gegen die verdinglichte Organisation nicht begriffen haben, können sie nach jetzt der Auffassung sein, der VDS hätte sich "revolutionär instrumentalisieren" lassen; wenn der BV "sich über die Bedingungen seines Handelns mehr

Rechenschaft abgelegt" hätte, wenn sich einige BV-Mitglieder nicht "allzu keck aus dem mütterlichen Schoß der Bewegung hervorgewagt" hätten, wenn die Heidelberger Kritik nicht ungehört zur "nachträglichen Akklamation und Nörgerei" verkommen wäre.

Die sicher nicht bewußte Gleichsetzung von Zerschlagung des SDS und des VDS macht zunächst einmal eine Kritik an der Erklärung zur "Liquidierung des VDS" notwendig. Tatsächlich ist die dort formulierte Selbstkritik nicht radikal genug ausgefallen, insofern immer noch zwei Dinge durcheinandergemischt werden: die Taktik gegenüber einer vagen Clique von liberalen Funktionären (die unsere Selbstkritik gar nichts angeht) und die notwendige radikale Kritik gegenüber den Mitgliedern des SDS. Da beides noch durcheinanderght, konnte beides nicht mit der notwendigen Schärfe formuliert werden. Zwei Erklärungen wären notwendig gewesen, wobei der Inhalt der taktischen dahingestellt sein mag; die zweite hätte allenfalls zum Ausgangspunkt des Institut VDS haben dürfen, denn es hätte sich sehr schnell gezeigt, daß die VDS-Politik zum -vielleicht sehr subjektiv für den BV- nur vordergründigen Anlaß für weitertreibende Erkenntnischancen in Bezug auf den Zustand der eigenen Bewegung geworden wäre:

Die VDS-Politik hat lediglich Symptome eines allgemeinen Zustandes aufgezeigt, in dem sich der SDS und die im Verlauf seiner antiautoritären Geschichte entstandenen Organisationsformen befinden. Jedes dieser

Symptome ist interessant nur insofern es sich auf die Bewegung bezieht und nicht abgelöst von ihr im bloßen Kontext des reaktionären Instituts VDS.

Das haben die Heidelberger zwar zum Teil erkannt, aber diese Erkenntnis läßt sie allenfalls einige Symptome angehen, aber nicht die eigentlichen Ursachen des Dilemmas: nicht der VDS ist syndikalistisch (er ist reaktionär), sondern unsere eigenen Organisationsformen und deren politisch-praktischen Inhalte haben undurchschauhen und unbewußten syndikalistischen Charakter. Nicht die Unfähigkeit des SDS, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, ist primär zu kritisieren, sondern unsere eigenen Handlungs- und Bewußtseinsstrangen, bezogen auf ein praktisches und historisches Selbstverständnis der eigenen revolutionären Ansätze wie auch auf die Möglichkeiten revolutionärer Politik gegen die Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

In diesem Zusammenhang hat der BV viel schwerwiegende Fehler (vielmehr Unterlassungsünden) begangen, die sich allerdings nicht so leicht beseitigen lassen wie die Fehler der VDS-Politik. Den VDS muß man nur liquidieren, -er ist so reaktionär, daß dieser Akt schon in sich einen Sinn hätte, auch ohne das ganze bürgerliche Legitimationsgesäusel und Brimborium vorher und nachher; der SDS hingegen muß inhaltlich und organisatorisch vorangetrieben werden - mit allen Mitteln der Selbstkritik und der Selbstverständigung über die Voraussetzungen revolutionärer Politik im Spätkapitalismus.

Die Heidelberger erledigen dieses Problem auf elegante Art und Weise mit den Mitteln traditioneller Politologie: "Nun, nachdem oft genug emphatisch die Zerschlagung des SDS propagiert wurde, wird es langsam Zeit, sich zu überlegen, ob nicht auch dessen bürokratischer Überrest, der BV, wenn nicht zerschlagen, so doch zu den historischen Akten gelegt werden soll..."

Nachdem mit dem VDS die letzte Institution liquidiert wird, zu der wir uns als Organisation hätten zentral verhalten müssen..., können wir auf den BV solange verzichten, bis es den jeweils lokal arbeitenden Kadern gelingt, in den verschiedenen Gruppen ein Bewußtsein zu entwickeln, daß nicht nur die Notwendigkeit einer zentralen nationalen Organisation einsteht, sondern diese auch einsetzen kann, statt von ihr ständig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden."

Die Heidelberger sind vorsichtig, sie wollen auf keinen Fall die Zerschlagung propagieren, wie es der gesamte antiautoritäre Sumpf seit über einem Jahr tut, und es sind doch mit dem "zu den historischen Akten legen" der exemplarischste Ausdruck für die antiautoritäre Flucht in die formalisierte Organisation. Bei den Heidelbergern wird der VDS zur historischen Chance hochstilisiert, an der die Bewegung aus der dezentralen Praxis den Sprung in die Zentralisation schafft. Man sollte nur auf den BV verzichten, dann kann die Einsicht in die Notwendigkeit der zentralen Partei in den Gruppen Fuß fassen. Die Heidelberger sagen kein Wort dazu, an welchen Inhalten sich denn das Bewußtsein der lokalen Kader ausbilden soll, wie denn die Einsicht in die Notwendigkeit in der tatsächlichen Organisation Wirklichkeit werden soll und welche historischen Bedingungen für eine solche Realisierung die Bewegung mitbringt. Nicht, daß sie darüber keine bündige Auskunft geben, ist den Heidelbergern anzukreiden, sondern die ungeheuer barriere Verkrüpfung des Problems, die der "Basis" vormachen wollen, alle ihre Probleme seien durch die Ausschaltung einer verselbständigten Zentralisierung zu lösen. Dieser Kurzschuß legt den Verdacht nahe, daß die Heidelberger das Dilemma der Bewegung auf die Zentralinstanz abwälzen wollen. m. Steffen